

EU-Kommission positioniert sich - und erntet Kritik

Die Netzneutralität wird derzeit gleich doppelt verhandelt: zum einen in der Debatte um die Beteiligung großer Tech-Konzerne an den Kosten des Infrastrukturausbaus, zum anderen anhand neuer Regulierungen zu Nulltarif-Praktiken der Mobilfunkanbieter.

von **Josefine Kulbatzki**

veröffentlicht am 08.06.2022

URL: https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/eu-kommission-positioniert-sich-und-erntet-kritik?utm_medium=email&utm_source=bgdi+vorschau

Die Debatte um die **Netzneutralität** ist an zwei Stellen neu entfacht. Bei der einen geht es um die **Beteiligung** großer Konzerne an den Kosten der **Netzwerkinfrastruktur**. EU-Kommissionsvize **Margrethe Vestager** und Binnenmarktkommissar **Thierry Breton**, der zuvor lange CEO des französischen Telekommunikationsanbieters France Télécom war, [sprachen sich dafür aus](#), große Tech-Unternehmen an den Kosten für Telekommunikationsinfrastrukturen zu beteiligen.

34 zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter der **Chaos Computer Club (CCC)**, Digitalcourage, die Electronic Frontier Foundation, Epicenter Works und die Internet Freedom Foundation aus Indien, fordern die beiden Kommissare in einem heute veröffentlichten [offenen Brief](#) auf, ihre Position zu überdenken: „In ihrem Statement sprechen Sie von datenintensiven Unternehmen und fordern von diesen einen fairen Beitrag zur Telekommunikationsindustrie. Diese Forderung scheint jedoch auf einem fundamentalen Missverständnis, wie das Internet funktioniert, zu beruhen“, heißt es in dem Schreiben.

Netflix, Facebook & Co sind keine Freerider

Die großen **Internetzugangsanbieter** wie die Deutsche Telekom, Telefónica, Orange oder Vodafone versuchen seit Jahren **Inhaltsanbieter** wie Facebook und Netflix an den **Kosten** für den **Infrastrukturausbau** zu beteiligen. Sie argumentieren, dass Unternehmen die besonders große Datenmengen über die Netzwerke transportieren, auch dafür bezahlen sollten. Dieses sogenannte ‚**Sending-Party-Pays**‘ **Prinzip**, das aus dem Telefonsektor bekannt ist, wurde als Konzept für das Internet allerdings immer wieder abgelehnt. Dass die Konzerne nicht beteiligt werden sollten, gilt seit 2012 von wissenschaftlicher, regulierender und zivilgesellschaftlicher Seite als **Konsens**. „Das macht es umso **schockierender**, dass die Kommission ohne öffentlichen Prozess oder Konsultation öffentlicher Interessensvertretungen, Regulatoren, internet-basierter Unternehmen oder kleiner Unternehmen, Unterstützung für diese Vorschläge äußert.“, so die Autoren des Briefes.

Die EU-Kommissare hatten auf einen [Bericht der European Telecommunications Network Operators' Association](#) (Etno) reagiert, indem es heißt, dass die großen Tech-Unternehmen **Netzwerkkosten in Höhe von 15 Milliarden Euro** verursachen könnten. Obwohl ihre Datenströme **55 Prozent des weltweiten Datenverkehrs** ausmachen würden, trügen sie nichts zum **Ausbau oder zur Erhaltung** des Netzes bei. Wie **Thomas Lohninger**, Geschäftsführer von **Epicenter Works**, gegenüber Tagesspiegel Background sagte, klinge das erstmal logisch. Wenn der Vorschlag aber erstmal ordentlich durchdacht werde, würde deutlich, wie absurd die Idee sei.

Barbara van Schewick, die Direktorin des **Stanford Center for Internet and Society**, findet ebenfalls, dass die Position den historischen Kontext der Debatte um **Netzausbau und Netzneutralität** missachte. Die **Beteiligung großer Tech-Konzerne** am Netzausbau stünde ihrer Ansicht nach gegen das Prinzip des **Zugangs zum offenen Internets**, da jedes Unternehmen, das nicht zahlen würde, **keinen Zugang** zu den Endkund:innen bekäme.

Die **Telekommunikationsanbieter** würden ohnehin von zwei Seiten dafür bezahlt, die **Infrastruktur** zur Verfügung zu stellen: Die Endkund:innen bezahlen mit ihrem **Internetanschluss** dafür, jede Website im Internet aufrufen und nutzen zu können, solange ihr **Datenvolumen** reicht. Zudem entrichten **Inhaltsanbieter** wie Google bereits **Gebühren** für ihren Netzzugang und kümmern sich meist auch um die Infrastruktur bis zum Internetanschluss, die sogenannten ‚content-delivery-networks‘.

Genug Geld ist da

Zusätzlich zu den Gebühren, die die Nutzenden und die Inhaltsanbieter zahlen, wird der Netzausbau **staatlich gefördert**. Sowohl im **Koalitionsvertrag** wie auch auf EU-Ebene mit dem Programm „Digital Agenda 2030“ ist eine **Subventionierung** des Ausbaus der **Netzwerkinfrastrukturen** vorgesehen, um **flächendeckend schnelles Internet** zur Verfügung zu stellen.

Die Kosten für die Betreiber steigen auch nicht mit zunehmender **Datenmenge**. Sobald die physischen Infrastrukturen geschaffen sind, verändern sich die Kosten nur minimal, sagen Lohninger und van Schewick. Es verhalte sich eher **gegenläufig**: Seit 2016 steigen die **Kapazitäten der Netzwerke** an und die Kosten sinken. Mehr Virtualisierung führt dazu, dass Probleme über Software gelöst werden können und **kein Infrastrukturausbau** erforderlich ist. Es sei „ironisch“, heißt es in dem offenen Brief, dass die Netzbetreiber die Dienste der großen Tech-Unternehmen, bis es kürzlich vom **Europäischen Gerichtshof** (EuGH) verboten wurde, aus dem Datenvolumen rausgerechnet haben und jetzt sagen, diese Daten würden die Netzwerke „versumpfen verstopfen und ruinieren“ – beides könne nicht sein.

Angriff auf die Netzneutralität

Der zweite Teil der neuen Debatte hängt an dem langen Verfahren, indem die Netzneutralität gerade erst vom EuGH bestätigt wurde. Einige Telekommunikationsanbieter hatten Verträge angeboten, bei denen bestimmte Anwendungen oder Applikationen wie **Whatsapp** und **Facebook**, nicht auf das **Datenvolumen** angerechnet wurden. Kleinere Unternehmen fühlten

sich dadurch benachteiligt. 2021 wurde dieses ‚**Zero-Rating**‘ vor dem Hintergrund der [Netzneutralität vom EuGH](#) verboten. Auch die **Deutsche Telekom** und **Vodafone** dürfen bestimmte Tarife ab Juli nicht mehr anbieten, entschied die [Bundesnetzagentur](#) mit Verweis auf den EuGH. Umso überraschender sei es, dass Vestager und Breton sich auf die Forderung nach Beteiligung einlassen, so Lohninger.

Noch ist offen, wie die Telekommunikationskonzerne ihre **Tarife** künftig anpassen. Doch parallel dazu sollen auch die **Rechtsgrundlagen** für das Zero-Rating angepasst werden. Das **Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation** (Gerek) hat im März 2022 einen Entwurf dazu vorgelegt. Dieser weist jedoch an entscheidenden Stellen Schwächen auf, formuliert van Schewick in einer [Stellungnahme](#). Denn drei schadhafte Praktiken würden nicht klar verboten: Die Betreiber könnten demnach ihre **eigenen Apps** und Medien mit einem **Nulltarif** versehen. Selbiges gilt für Apps, von deren Anbietern sie dafür bezahlt werden. Und ebenso bleiben die Vergünstigungen möglich, wenn sie beliebige Dienste betreffen und es keine Absprache mit dem Dienstleister gibt. Dies führe zu „absurden Ergebnissen“, [führt van Schewick aus](#). Es sei „von entscheidender Bedeutung, dass das Gerek klarstellt, dass alle Formen der diskriminierenden Nulltarifizierung gegen das Gesetz verstoßen“, sagt die Wissenschaftlerin.

Der Zusammenschluss der Regulierungsstellen tagt vom 8. bis 10. Juni, eine Entscheidung soll schon bald folgen.